



Der kommunale Solidarpakt

Fortsetzung einer Geschichte der staatlichen Intervention in schwierigen Zeiten

Autor Michael Siebel, Geschäftsführer der SGK Hessen

Schon einmal, am 13. März 1993, einigten sich die Bundesregierung und die Länder auf einen Solidaritätspakt. Die neuen Bundesländer wurden in den Länderfinanzausgleich einbezogen und der Anteil der Bundesländer an der Umsatzsteuer wurde von 37 Prozent auf 44 Prozent angehoben. Das war auch der Solidarpakt, der bis vor kurzem in Hessen für Aufregung gesorgt hatte. Er sah nämlich vor, dass die Kommunen die finanziellen Lasten der alten Bundesländer zu circa 40 Prozent mittragen müssen. Die Gewerbesteuerumlage wurde angehoben und zugleich der kommunale Finanzausgleich abgesenkt. Schon vier Jahre später war klar, dass der Solidaritätspakt I nicht ausreichen würde. Es folgte der Solidaritätspakt II. Er sollte bis 2019 laufen und hatte ein Gesamtvolumen von 156,5 Milliarden Euro. In diesem Jahr liefen der Solidarpakt I und II aus und hätten eigentlich rückabgewickelt werden sollen. Nicht so in Hessen. Die Landesregierung schuf die Heimatumlage. Ein klangvoller Titel, der aber im Kern den Kommunen ihnen zustehende Finanzmittel entzog.

Die Situation

Die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2020 zeigen: Städte und Gemeinden müssen in Corona-Zeiten aller Voraussicht nach mit erheblichen Mindereinnahmen rechnen. Mindereinnahmen sind bei der Gewerbe- und Umsatzsteuer und bei den Einkommensteueranteilen, aber auch bei den „kleinen“ Kommunalsteuern wie Spielapparatsteuer oder bei den Gebühren zu erwarten. Gleichzeitig müssen die Kommunen mehr ausgeben. In Darmstadt musste ein ehemaliges Krankenhausgebäude aktiviert wer-

den, um möglicherweise Corona-Patienten aufzunehmen. Alle Gemeinden haben Millionen in ihre technische Infrastruktur gesteckt, um Homeoffice möglich zu machen. Mit der Öffnung der Schulen und Kindergärten muss mehr gereinigt und desinfiziert werden als unter „Normalbedingungen“. Unsere Kommunen leisten auch ihren Beitrag zur Ankurbelung der regionalen Wirtschaft, indem sie Gebühren für die Außengastronomie erlassen. Auch das kostet Geld. Wir brauchen starke Kommunen, um die Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten und Investitionen wieder hochzufahren.

Jetzt kommt der kommunale Solidarpakt

Das Bundesministerium der Finanzen hat deshalb einen Solidarpakt für Städte und Gemeinden vorgeschlagen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz will den Städten mit einem kommunalen Solidarpakt unter die

Arme greifen. Das Paket beinhaltet als zentralen Punkt, die Corona-bedingten Gewerbesteuer-Ausfälle auszugleichen. Voraussetzung ist allerdings, dass sich die Bundesländer in gleichem Maße hieran beteiligen wie der Bund.

Es ist davon auszugehen, dass Corona riesige Löcher in die kommunalen Haushalte reißen wird. Wenn jetzt kommunale Steuereinnahmen wegbrechen, Aufgaben zunehmen und Schuldenberge drücken, verlieren die Kommunen den Anschluss, wenn ihnen nicht geholfen wird. Wir brauchen gerade in dieser schwierigen Zeit aber handlungsfähige Städte und Gemeinden.

Vor allem Menschen mit geringem Einkommen spüren schnell, wenn die Städte und Gemeinden kein Geld mehr für Straßen, Schulen oder Schwimmbäder haben und Steuern und Gebühren vor Ort steigen.

Solidarität mit den Kommunen

„Die in der Corona-Krise einbrechenden Gewerbesteuereinnahmen und sonstigen Mehrbelastungen stellen auch viele hessische Kommunen vor große Herausforderungen. Deshalb freue ich mich sehr über die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz entworfene und der Berliner Koalition beschlossene Unterstützung durch den Bund und das Land auch für unsere Städte und Gemeinden. Noch mehr würde ich mich freuen, wenn sich dies tatsächlich bis zum November umsetzen ließe und die hessische Landesregierung ihrer Verantwortung für die Kommunen im Land nachkommen würde.“



Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen
Foto: Markus Farnung

Inhalt

Eckpunkte des kommunalen Solidarpaktes 2020

Land nimmt gerne: kommunales Geld!

Die AfD im Hessischen Landtag

Gründung der Politischen Bildungsgemeinschaft Hessen

Die DEMO und der Hessensplit werden digital!

Kommunen sind das Rückgrat der Demokratie

Termine

In 2020 werden wir wieder unsere Auszeichnungen vergeben: Marie-Bitdorf-Preis und Hessenlöwe

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



Foto: Michael Siebel

Es ist gut und richtig, dass Olaf Scholz den Kommunen nicht nur bei den durch die Corona-Krise bedingten Belastungen helfen will und die Gewerbesteuerausfälle ausgeglichen werden.

Jetzt sind die Länder gefordert, diesen Weg mitzugehen und ihren Anteil zu schultern.

Hessen muss handeln

Die Landesregierung musste allerdings erst zum Siegen getragen werden. Nach anfänglicher Ablehnung und Verweis auf angebliche Wohltaten gegenüber den Kom-

munen in der Vergangenheit wie Schutzschirm, Hessenkasse und Heimatumlage hatte der Ministerpräsident erst jetzt erklärt, dass er die 600 Millionen Euro Gewerbesteuerausfälle landesseitig zur Hälfte übernehmen will. Wie die Politik der Landesregierung die Kommunen vielmehr belastet hat, zeigen wir in einem anderen Beitrag in dieser Hessenausgabe der DEMO.

Wie geht es weiter?

Nach Informationen des Deutschen Städtetags ist ein Kabinettsbeschluss noch vor der Sommerpause

2020 angestrebt. Die finale Beratung und Entscheidung über den kommunalen Solidarpakt könnte dann bereits im November 2020 erfolgen.

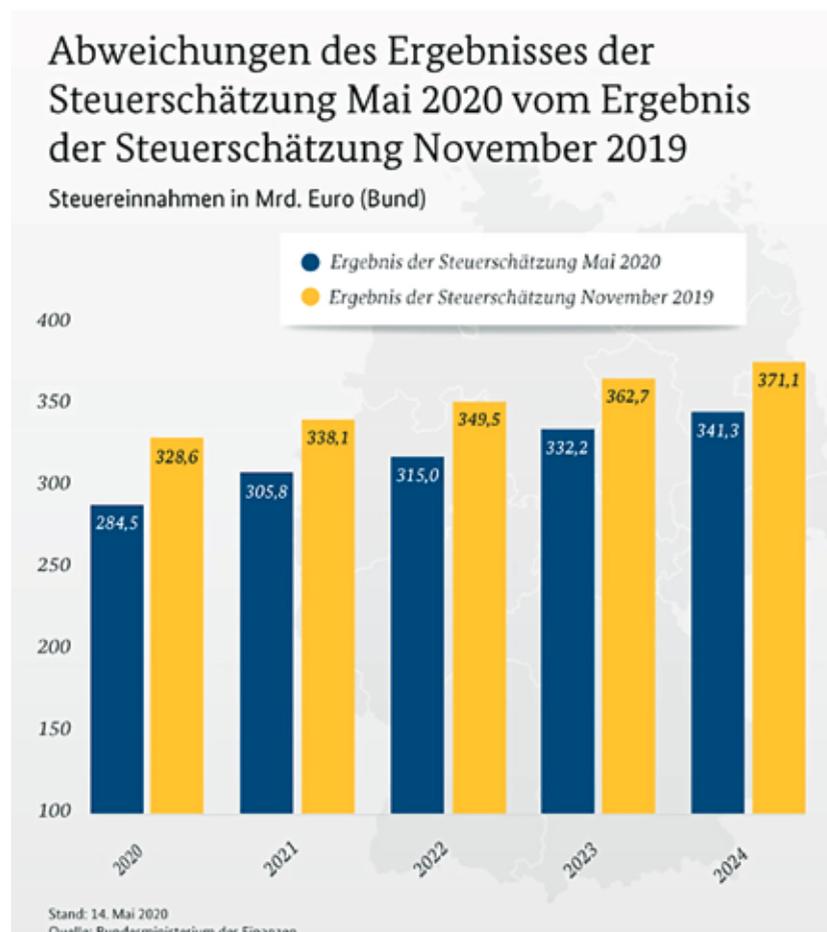
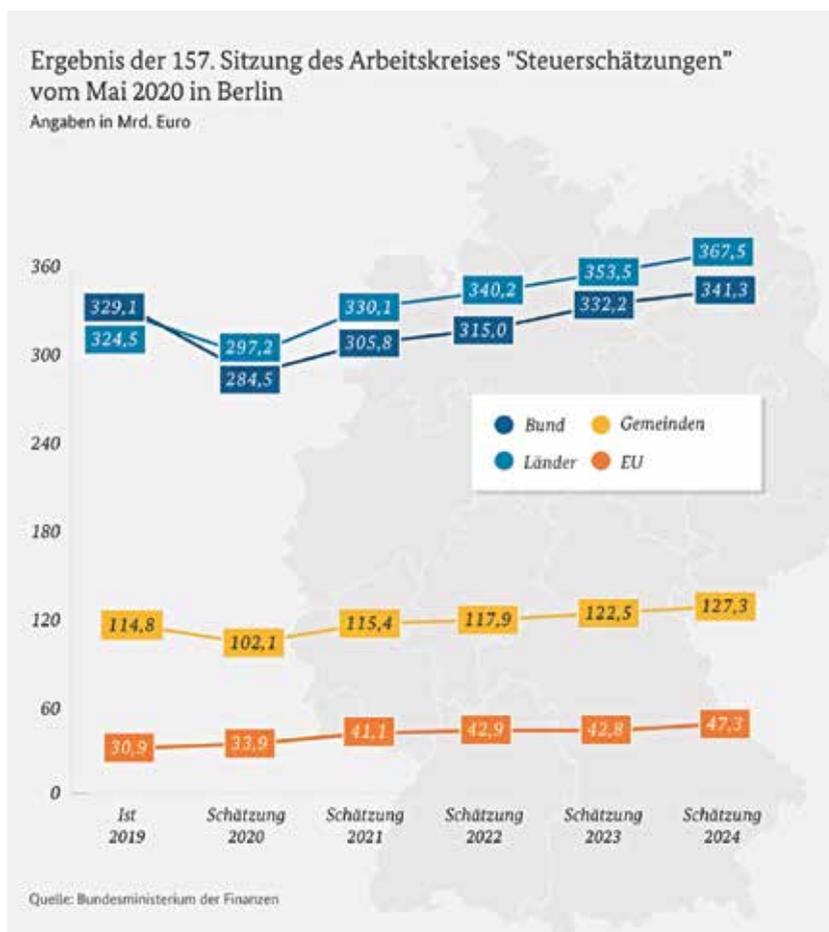
Dauerhafte Entlastung bei den Kosten der Unterkunft

Das Highlight des Bundesprogrammes ist allerdings die Zusage, im Bereich des SGB II die Kosten der Unterkunft (KdU) mit 75 % (bisher 47,9 %) zu übernehmen. Das ist eine dauerhafte Entlastung der Kommunen. Das bedeutet bundesweit eine Entlastung der Kommunen von rund vier Milliarden Euro pro Jahr.

Der kommunale Solidarpakt ist nicht nur ein Schritt in die richtige Richtung, er ist ein großer Schritt der Wertschätzung kommunaler Arbeit. Die Kompensation der coronabedingten Gewerbesteuerausfälle würde die Kommunen nach der Pandemie wieder schnell handlungsfähig machen und nicht über Jahre hinweg Kommunen zwingen, wieder und wieder Konsolidierungspakete mit fragwürdigen Einsparungsmechanismen durchführen zu müssen.

Schließlich hat sich das Projekt im Kabinett und der Großen Koalition durchgesetzt. Es wäre nicht vermittelbar gewesen, warum Unternehmen milliardenschwere Hilfspakete geschnürt bekommen, zuletzt für die Lufthansa alleine neun Milliarden Euro, und die Kommunen mit ihren zentralen Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht unterstützt werden sollen. So ist der kommunale Solidarpakt nicht zur Nagelprobe für die Große Koalition geworden.

Stand des Beitrags: 10.06.2020



Stärker aus der Krise

SPD-Fraktion fordert Stärkung der Kommunen



Nancy Faeser

Fotos (3): SPD-Landtagsfraktion Hessen

Seit Beginn der Corona-Krise hat Nancy Faeser die Bereitschaft ihrer Fraktion bekräftigt, bei der Bewältigung der Folgen dieser Krise konstruktiv mit der schwarzgrünen Landesregierung zusammenzuarbeiten. Die Covid-19-Pandemie stelle die Gesellschaft vor Heraus-

forderungen, die sich nur in einem weitgehenden Konsens der demokratischen Kräfte lösen ließen, so Faeser. Deshalb habe die SPD-Fraktion auch sehr früh ihre Zustimmung zu dem ersten Nachtragshaushalt im März erklärt. Wichtig sei es nun, weitere Maßnahmen zu

treffen, mit denen Hessen die Folgen der Krise abmildern kann, aber auch nach vorne zu schauen. „Wir sollten die Corona-Krise nutzen, um aus ihr zu lernen. Wir haben jetzt die einmalige Chance, gestärkt aus ihr hervorzugehen. Dazu müssen aber die entscheidenden strukturellen Weichen gestellt werden“, erklärte Faeser. Die Fraktionschefin bezog sich dabei vor allem auf die finanziell von der schwarzgrünen Landesregierung geschwächten Kommunen, die in Zeiten von Corona noch mehr als zuvor zu kämpfen hatten. Geschlossene Schwimmbäder und Theaterhäuser, fehlende Gewerbesteuerinnahmen und die Rückerstattung von Kitagebühren, drückten auf vielerorts ohnehin schon leere Kassen. „Die CDUgeführte Landesregierung hat die Kommunen seit Jahren kaputtgespart. Auch die Neuregelung der

Gewerbesteuerumlage, die unter dem Motto ‚Starke Heimat Hessen‘ verpackt wurde, hat an diesem Umstand nichts geändert“, so die Fraktionschefin. Nichts wäre dramatischer, als die Funktionsfähigkeit der Kommunen in diesen schweren Zeiten wegen mangelnder Finanzausstattung zu gefährden. „Vor allem weil weder heute noch morgen jemand sagen kann, wann diese Krise beendet sein und ob nicht eine nächste kommen wird. Deshalb kann es nur die Lösung sein, Kommunen auch langfristig strukturell besser zu stellen“, mahnte Faeser. „Wenn wir ein noch stärkeres, noch lebenswerteres Hessen gestalten wollen, dann sind dafür strukturelle Weichenstellungen bei der Bildung, bei Pflege und Betreuung, im Gesundheitswesen und bei der Mobilität erforderlich. Vor allem aber braucht es eine entschlossene Industriepolitik, mit der die Transformation der hessischen Wirtschaft ins digitale Zeitalter beschleunigt wird. Wir wollen die Krise nutzen, um unser Land sozial und ökologisch zu modernisieren“, erklärte die Fraktionsvorsitzende.

Hessische Städte und Gemeinden werden im Stich gelassen

Investitionen in Kinderbetreuung

Anfang Juni wurde eine neue Förderrichtlinie für die dringend anstehenden Investitionen in die hessischen Kindertageseinrichtungen veröffentlicht. Schon bei



Lisa Gnadl

Bekanntwerden der Pläne Mitte März hatte die SPD-Landtagsfraktion dringenden Nachbesserungsbedarf gefordert. „Die Rückmeldungen aus Landkreisen und Gemeinden zu den aktuell nicht gedeckten und in den nächsten Jahren zu erwartenden Investitionsbedarfen von rund einer Milliarde Euro waren bereits zu diesem Zeitpunkt alarmierend. Doch die Landesregierung hat diese Forderungen offen-

sichtlich nicht ernst genommen. Es bleibt stattdessen bei einer drastischen Unterfinanzierung des Förderprogramms durch die schwarzgrüne Landesregierung“, so die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Lisa Gnadl. Zentrale Forderungen der hessischen Städte und Gemeinden seien weiterhin unberücksichtigt geblieben. Das Landesinvestitionsprogramm werde weder dem hohen Investitionsbedarf im Kita-Bereich gerecht, noch gebe es den Kommunen aufgrund des vorgesehenen Finanzierungsvorbehalts eine verbindliche Planungssicherheit. „Die hessischen Städte und Gemeinden tragen eine immer stärker werdende Finanzlast für die Kita-Betreuung. In vielen Kommunen haben sich die Ausgaben in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Daher bleiben wir bei unserer Forderung, dass Hessen die Städte, Landkreise und Gemeinden insgesamt besser unterstützen muss. Bei einem anstehenden Kita-Investitionsbedarf seitens der Kommunen von knapp einer Milliarde Euro ist ein Förderprogramm mit 142 Millionen Euro ein Tropfen auf den heißen Stein“, erneuerte Gnadl ihre Kritik.

Digitale Bildung bleibt auf der Strecke

Anpassung des Hessischen Schulgesetzes in der Corona-Krise

Der Hessische Landtag hat ein „Gesetz zur Anpassung des Hessischen Schulgesetzes und weiterer Vorschriften an die Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus“ beraten. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen, kritisierte, dass die Regierungsfractionen den Gesetzentwurf kurzfristig und ohne jegliche Beteiligung der Betroffenen in das Plenum im Mai eingebracht hätten. „Das war verfahrenstechnisch so nicht akzeptabel“, sagte Degen. Gestaltungswille, insbesondere in den Fragen, wie einerseits versäunter Unterrichtsstoff aufgeholt und andererseits die Digitalisierung an Schulen vorangetrieben werden könne, sei außerdem nicht erkennbar. Degen betonte, dass Schülerinnen und Schülern durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie in diesem Schuljahr keine Nachteile entstehen dürften. „Die Schulen hatten in den vergangenen Wochen mit vielfältigen Problemen zu kämpfen und haben sich so gut es eben ging auf die Herausforderungen eingestellt. Die Krise hat vor allem deutlich gemacht, wie groß die Defizite sind, die eine zögerliche und wenig vorausschauende Schulpolitik der letzten Jahrzehnte verursacht hat. Die Umstellung auf digitales

Lehren und Lernen hat – soweit die technische Ausstattung dafür überhaupt vorhanden ist – aufgezeigt, wie groß die Unzulänglichkeiten in diesem Bereich sind. Lehrermangel und Sanierungsstau der Schulgebäude haben die Situation noch erheblich verschärft“, so Degen. Mit der Abschaffung des Sitzbleibens sei Schwarzgrün immerhin über den eigenen Schatten gesprungen. Konsequenterweise müsse die Landesregierung jetzt auch die individuelle Förderung hochfahren, damit Lernlücken kompensiert werden könnten. Degen forderte Kultusminister Lorz auf, schleunigst dafür zu sorgen, dass alle Lehrkräfte mit dienstlichen Endgeräten und vor allem alle Schulen im nächsten Schuljahr mit genügend Laptops, Notebooks oder Tablets ausgestattet würden.



Corona-Talk

Ein Angebot der SGK Hessen zur Information und zum Austausch

Kaum eine Webex-Konferenz oder ein Zoom-Meeting, an dem Kommunalpolitiker*innen teilnehmen, geht zurzeit ohne Corona-Erfahrungen über die Bühne. Wie werden die Rechtsvorschriften der geänderten Kommunalverfassung interpretiert? Gibt es Rechtssicherheit bei Satzungsbeschlüssen, wenn diese „nur“ vom „Notparlament“ getroffen werden?

Wie setzen wir die Regelungen des Sozialministeriums zum „eingeschränkten Regelbetrieb“ um? Welche Auswirkungen wird die Pandemie auf unsere Haushalte haben?

Das sind Fragen, die uns bewegen und deshalb hat die SGK einen regelmäßig stattfindenden Corona Talk aufgelegt. Am 15. Mai hatten wir Tim Ruder vom Hessischen Landkreistag zu Gast. Er berichtete über die Rechtslage und die ersten Urteile der Verwaltungsgerichte. Gerade vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen Verfahrensweisen in den einzelnen Kommunen und Landkreisen war dieser Austausch sehr interessant und hilfreich.



SGK Hessen bietet Online-Informationsaustausch an.

Foto: Michael Siebel

Zwei Wochen darauf stand uns der Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden, Axel Imholz, als Gesprächspartner zur Verfügung. Auch hier viele Fragen und Einschätzungen zu den Gewerbesteuer- und Umsatzsteuerprognosen. Gleichzeitig

diskutierten wir, wie der kommunale Solidarpakt von Olaf Schulz Wirklichkeit werden kann.

Vor den Sommerferien wird noch ein weiterer Corona-Talk stattfinden, voraussichtlich mit einem Vertreter

eines Gesundheitsamts, um die dann vollzogenen Öffnungen von Kindergärten und Schulen virologisch zu bewerten und zu diskutieren.

Informationen zu weiteren Terminen:
www.sgk-hessen.de

Land nimmt gerne – kommunales Geld!

Autor Torsten Warnecke, MdL, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

In Zeiten wie diesen hat Hessen im Landeshaushalt noch vor kurzem 1,5 Milliarden Euro als Überschuss ausgewiesen (2019). Es sind Rücklagen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro und ein Kreditvolumen von zwei Milliarden Euro in einem breitgetragenen Nachtragshaushalt beschlossen worden (2020). Damit sollen Maßnahmen gegen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen finanziert werden.

Darüber darf nicht vergessen werden, dass in vielgeübter schlechter CDU-Regierungspraxis noch vor kurzem

den Kommunen Geld genommen wurde. Nicht gegeben, sondern genommen. Das ward dann „Heimatumlage“ geheißen und reiht sich in die CDU-Tradition ein. Worum geht es?

Darum geht es!

Die gewerbesteuererhebenden Kommunen der westlichen Bundesländer haben sich am Aufbau der neuen Bundesländer seit 1995 mit einer Umlage direkt beteiligt. Mehr als 400 Millionen Euro oder 29 Prozentpunkte waren es in 2019 in Hessen. In allen

westdeutschen Bundesländern wurden diese Mittel den Kommunen für die Zukunft ab 2020 zurückgegeben. In Hessen sieht das wieder einmal anders aus. Nur ein Viertel bleibt den gewerbesteuererhebenden Kommunen selbst; gut 100 Millionen Euro.

Der übergroße Mittelanteil wird von den Kommunen in den Landeshaushalt verfrachtet. Die gewerbesteuererhebenden Kommunen müssen über 300 Millionen Euro an das Land Hessen abführen. Im Landeshaushalt werden daraus einerseits gut 120



Torsten Warnecke ist Mitglied des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtags.

Foto: privat

Millionen Euro für den kommunalen Finanzausgleich (KFA). Und dann müssen andererseits Versprechen der schwarz-grünen Koalition eingehalten werden. Erinnerung sei an die „Stärkung der Kinderbetreuung“ (120 Millio-

nen Euro), die „Erhöhung der Krankenhausinvestitionen“ (35 Millionen Euro), „ÖPNV/Nahmobilität“ (20 Millionen Euro), die „Digitalisierung der Kommunen“ (20 Millionen Euro) und „Verwaltungspersonal für die Schulen“ (fünf Millionen Euro). Das alles, worüber dann landesseitig Bewilligungsbescheide ausgestellt, mindestens die Landesregierung lobende Pressemitteilungen verfasst werden, wird mit kommunalem Geld bezahlt! Und bei dem einen oder anderen Programm dürfen die Kommunen sich wieder bewerben, um ihr Geld in Form von Programmmitteln zurückzubekommen.

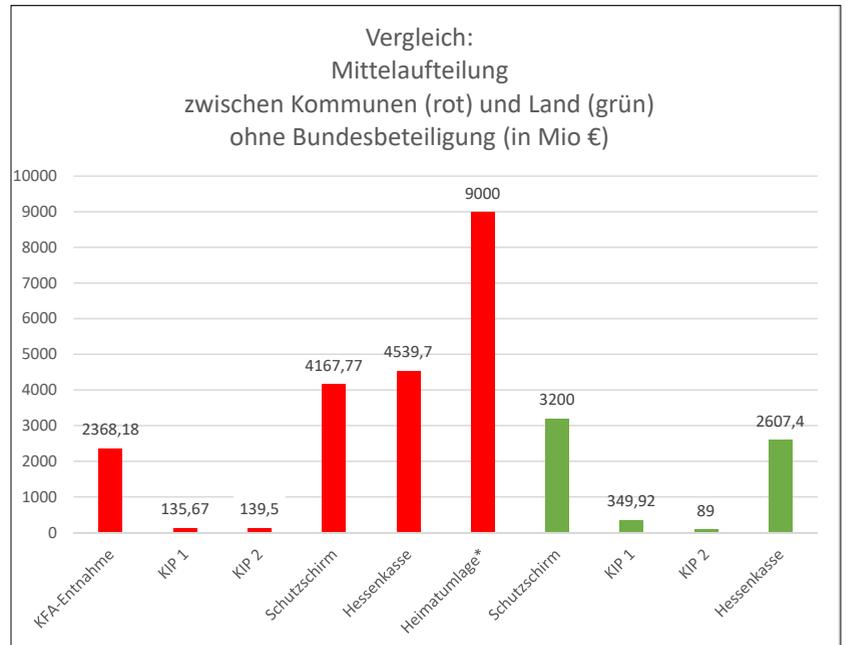
Mit dieser Vorgabe wird übrigens den gewerbesteuererhöhenden Kommunen auch eine eventuell geplante Senkung der Gewerbesteuerhebesätze verwehrt. Denn die dafür eingeplanten Mittel sind durch die Aktion der schwarz-grünen Landesregierung bereits maßgeblich im Landeshaushalt verplant. Schließlich bedeutet dies für

Kommunen, deren Gewerbesteuer entscheidend aus dem produzierenden Gewerbe stammen, erneut einen Entzug der zur Unterhaltung und zum Ausbau der Infrastruktur notwendigen Mittel.

Nichts Neues von der PR-Front!

Das Beschriebene allerdings ist nichts Neues in Hessen. Zwar werden immer wieder die Programme von CDU-geführten Landesregierungen selbstgelobt. Bei einem klaren Blick allerdings muss festgestellt werden, dass die Kommunen den „Schutzschirm“ (56,6 Prozent), die „Hessenkasse“ (63,5 Prozent), die „Heimatumlage“ (100 Prozent) maßgeblich oder vollständig selber bezahlen. Vergessen scheinen auch die gut 2,4 Milliarden Euro, die CDU-geführte Regierungen den Kommunen von 2010 bis 2016 ersatzlos aus dem KFA entzogen hatten.

Und als jetzt Bundesfinanzminister Olaf Scholz forderte, dass zur



Entschuldung der Kommunen Alt-schulden von Bund und Land je hälftig übernommen werden sollen, kündigte sich wütender Widerspruch der Hessen-CDU an. Die Kommunen seien doch entschuldet worden, heißt es. Nicht tatsächlich, denn Kassenkredite teilweise in langfristige Zahlungsverpflichtungen umzuschulden, ist keine Entschuldung. Eine 100-prozentige Übernahme von Bund und Land

sind eben etwas anderes als die rund 40 Prozent des Landes Hessen bei „Schutzschirm“ und „Hessenkasse“. Das macht deutlich, dass die SPD den Kommunen mehr Hilfe zukommen lassen will, als die PR-gestützten Maßnahmen einer CDU-geführten Landesregierung bieten.

Die Zahlen sind klar. Gerade in Zeiten wie diesen schlägt die Realität alles.

Anzeige



Die Hessische Kommunalwirtschaft hält zusammen – GEMEINSAM sind WIR stärker!



Der VKU ist für seine Mitglieder da und setzt sich mit Nachdruck für die Interessen und Belange der Kommunalwirtschaft ein. Überzeugen Sie sich von unserem **Dienstleistungsangebot:**

- **Persönliche Betreuung und großes Engagement für die kommunale Daseinsvorsorge**
- **Politische Interessenvertretung**
- **Zielgerichtete und umfassende Informationen**
- **Arbeitskreise und Erfahrungsaustausche in Hessen**
- **Rechts- und Fachberatung**

Stärken Sie mit einer Mitgliedschaft die kommunalwirtschaftliche Stimme in Wiesbaden, Berlin und Brüssel. Wir unterbreiten Ihnen gerne ein Angebot.

DIE KOMMUNALEN UNTERNEHMEN WIR HALTEN HESSEN AM LAUFEN

Der VKU ist der Spitzenverband der Kommunalen Wirtschaft in Deutschland. Wir, die VKU-Landesgruppe Hessen, vertreten bereits erfolgreich die Interessen von 153 kommunalen Unternehmen, Betrieben, Verbänden sowie von Städten und Gemeinden in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Telekommunikation, Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit.

KONTAKT: Martin Heindl, Landesgruppengeschäftsführer
Fon 0170/85 80 475 | heindl@vku.de
www.vku.de/vku-hessen

Die AfD im Hessischen Landtag

Zum Umgang mit einer neuen politischen Kraft

Autor Fedor Ruhose, Fraktionsgeschäftsführer SPD Rheinland-Pfalz

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist seit der Konstituierung des hessischen Landtags im Januar 2019 als viertstärkste Kraft neu im Parlament vertreten. Der hessische Landesverband nimmt in der Bundespolitik keine prägende Rolle ein, auch wenn die AfD in diesem Bundesland gegründet wurde und er der viertgrößte Landesverband ist. Auch wenn seine Führung mit den beiden Parteivorsitzenden Robert Lambrou und Klaus Herrmann versucht, sich ein bürgerlich-konservatives Image zu geben, hat der Landesverband seit dem Landtagswahlkampf 2018 mit einer Reihe von Vorkommnissen gezeigt, dass auch hier keine entschlossene Abgrenzung nach rechts erfolgt.

Die AfD verfolgt im Hessischen Landtag ihre Markenkern-Agenda

Im Landtag gab es am Beginn der Legislaturperiode ein gegenseitiges Abtasten: Weder fiel die AfD durch Provokationen auf, noch wurde sie von anderen ausgegrenzt. Rolf Kahnt konnte als Alterspräsident die Eröffnungsrede halten und es wurde ein Posten für die AfD im Landtagspräsidium geschaffen, der allerdings bis heute vakant geblieben ist. Diese Vakanz hat auch damit zu tun, dass die AfD-Fraktion mittlerweile – und wie in jedem anderen Landtag und dem Bundestag – über Provokationen wirkt. Über ein inhaltliches Profil mit ernstzunehmenden Forderungen in ihren Anträgen verfügte sie bisher noch nicht. Dies kann sich – bei zunehmender Professionalisierung durch Parlamentarisierung – bis zum Ende der Wahlperiode allerdings noch ändern. In der Zwischenzeit hat sie auf Dauerwahlkampf umgestellt. Provokationen wie die Beleidigung des Ministerpräsidenten oder Vergleiche zwischen anderen Parteien und dem Nationalsozialismus scheinen nun auch gängiges Instrument der AfD im Hessischen Landtag zu sein.



Fedor Ruhose, Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz Foto: F. Ruhose

Dabei scheint es auch eine Art Arbeitsteilung zu geben: Während Robert Lambrou, der Partei und Fraktion in Personalunion führt, versucht seine Partei als bessere CDU zu verkaufen und darauf hofft, dass Schwarz-Grün als Koalition bei den konservativen Stammwählern nicht reüssieren kann, greift sein Co-Parteivorsitzender Herrmann den Ministerpräsidenten in heftiger Weise an und kassiert dafür sogar eine Rüge des Parlamentspräsidenten.

Die AfD verfolgt gezielt ihre Markenkernthemen. Dies führt auch dazu, dass die Partei- und Fraktionsführung innere Spannungen, von denen die Alternative im Gesamten spätestens seit der Auseinandersetzung um den „Flügel“ betroffen ist, bislang wegmoderieren kann. Das gemein-

same Ziel eint: Eine Auswertung der Anträge und Kleinen Anfragen der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag ergibt klar, dass sie sich auf die Frage Migration, Integration und Innere Sicherheit fokussiert. Neben ihren Markenkern-Themen greift die AfD sachlich-orientiert Problemlagen der Menschen in Hessen auf und thematisiert diese mit den Mitteln einer Parlamentsfraktion. In Anfragen oder Anträgen wird so versucht, sich zum einen als kritikorientierte, aufdeckende Oppositionsfraktion und zum anderen als „Kümmerin“ für die Probleme der Menschen zu positionieren. Benno Hafener und Hannah Jestädt haben in ihrem Buch über die „AfD im Hessischen Landtag“ auch die Anträge in den Haushaltsberatungen untersucht. Die AfD verfolgt auch hier das Ziel, im

Landtag mit dazu beizutragen eine neuere Diskursverschiebung zu erreichen.

Der Umgang mit der AfD wird unterschiedlich gehandhabt

Wie gehen die anderen Fraktionen mit der parlamentsorientierten und moderat aggressiv auftretenden neuen Kraft um? Nun, es ist unterschiedlich. Gibt es auf der kommunalen Ebene – wahrscheinlich auch durch die besondere Nähe der Akteure auf dieser Ebene – punktuell gemeinsame Initiativen wie etwa bei gemeinsamen Wahlvorschlägen, so ist die AfD im Landtag isoliert. Den optimalen Weg zum Umgang hat noch keiner gefunden. Dies hat auch mit den unterschiedlichen Wirkungen zu tun, die die AfD auch auf andere Fraktionen hat. Muss die Opposition jede Provokation annehmen, um sich selbst zu profilieren, haben die regierungstragenden Fraktionen eigentlich einen Interessenskonflikt. Möchte die CDU oftmals lieber den Mantel des Schweigens über die Anträge der AfD legen, da sie selbst bis vor nicht allzu langer Zeit ähnliche inhaltliche Positionen (natürlich ohne die Provokationen) vertreten hat, sind die Interessen bei den Grünen anders gelagert. Sie profitieren davon, dass sie sich als der klare Gegenpol gegen die AfD positionieren.

So gilt auch in Hessen, dass sich Gegenstrategien mit der doppelten Wirkung der AfD auseinandersetzen müssen. Zum einen mit der Strategie des Rechtspopulismus, zu verallgemeinern, auszugrenzen und zu stigmatisieren. Zum anderen aber damit, dass die AfD auch eine Funktion erfüllt und Gefühlen und Themen zu einer Repräsentation im Parlament verhilft, die vorher keinen politischen Ort hatten. An diesen beiden Punkten müssen die anderen Parteien ansetzen.

Wie sich die Corona-Krise auf die AfD auswirkt, ist auch in Hessen nicht absehbar

Wie sich die Corona-Krise auf den parteiförmigen Rechtspopulismus auswirkt, wird sich zeigen. In Hessen ist die AfD im Landtag eifrig dabei, die Regierung mit Anfragen zu überhäufen, um ihre Oppositionsrolle besonders sichtbar zu machen. Sie hängt hier keinen Verschwörun-

theorien an, sondern will sich als Vorreiterin präsentieren, die frühzeitig auf Regierungsversäumnisse hinweist. Ob sich durch falsches Management der Krise ein neuer „populistischer Moment“ ergibt oder ob es zu einem nachhaltigen Bedeutungsverlust populistischer Politik für die Menschen kommt, haben die etablierten Parteien aktuell also selbst in der Hand.

Fedor Ruhose ist Policy Fellow des Think Tanks „Das Progressive Zentrum“ in Berlin (www.progressiveszentrum.org). Hauptberuflich ist er Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz. Er ist Autor des Buchs „Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur“ (Wiesbaden 2019).

Die DEMO und der Hessensplit werden digital!

Unsere Medienlandschaft verändert sich: Die Papierausgaben von Zeitungen und Zeitschriften verlieren immer mehr an Bedeutung.

Auch wir als SGK Hessen haben uns entschlossen, die DEMO und den Hessenteil digital herauszugeben. Die digitale Ausgabe könnt ihr überall und jederzeit auf dem Smartphone oder Tablet herunterladen und lesen. Damit seid ihr schneller und direkter zu erreichen.

Zum Ablauf

Als Abonnenten der DEMO erhaltet ihr zeitnah von uns eine Mail mit den entsprechenden Informationen, wie ihr in Zukunft die DEMO direkt in euer E-Mail-Postfach bekommt – schnell und „druckfrisch“.

Wer dennoch die Printausgabe haben möchte, kann dies in dieser Mail beantragen.

Für Rückfragen steht euch die Geschäftsstelle der SGK Hessen zur Verfügung.

**Mail: info@sgk-hessen.de
Tel.: 0611-360 117-4**

Kommunen sind das Rückgrat der Demokratie

SPD Hessen veröffentlicht ihre Kommunalpolitischen Leitlinien

Autor Christoph Degen MdL, Generalsekretär SPD Hessen

Kommenden März findet in Hessen die Kommunalwahl statt. In unserem Bundesland ist die SPD auf kommunaler Ebene besonders stark und zeigt immer wieder, dass wir hier gegen jeden Trend gewinnen können. Das soll auch so bleiben! Wenn wir die kommunale Selbstverwaltung gegenüber der schwarz-grünen Gutsherrenart verteidigen wollen, dann brauchen wir auch nach dem 14. März viele starke rote Kommunen, die auf Augenhöhe mit der Landesebene agieren und eine entsprechende finanzielle Ausstattung einfordern.

Den Zusammenhalt stärken

Das ist auch deshalb so wichtig, weil Kommunen das Rückgrat der Demokratie sind. Sie ermöglichen Menschen direkte Teilhabe, Selbstverwirklichung und Gemeinschaft. Hier kennt man sich, hier ist Demokratie für alle Menschen direkt erlebbar und hat Auswirkungen auf ihr unmittelbares alltägliches Lebensumfeld. Scheitert Kommunalpolitik und zweifeln Menschen an der Handlungsfähigkeit unserer Kommunen, dann hat dies weitrei-

chende Folgen für ihre grundsätzliche Einstellung zur Demokratie. Unser Ziel ist es, Kommunen wieder mehr Gestaltungsspielräume zu geben, um den Zusammenhalt im Ort zu stärken.

Wir wollen, dass die Menschen in Hessen frei in ihrer Entscheidung sind, wo sie in unserem Bundesland leben möchten. Diese Freiheit bedeutet für uns, dass zwar nicht alle Angebote überall in gleicher Entfernung verfügbar sein können, aber sie müssen für alle erreichbar sein.

Deshalb, aber auch um Pendler*innen das Leben zu erleichtern, wollen wir Verkehrsverbindungen ausbauen. Wir wollen, dass Kultur und Bildung überall erreichbar sind. Wir wollen, dass schnelles Internet überall verfügbar ist. Wir wollen, dass Wohnraum überall in Hessen bezahlbar ist und vieles mehr. Kurzum: Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Hessen.

Die Freiheit darüber entscheiden zu können, wo in Hessen man leben

möchte, ist uns so wichtig wie die Sicherheit, sich auf den Staat und die Kommune verlassen zu können. Sicherheit bedeutet für uns nicht nur die Sicherheit vor Kriminalität. Wir wollen, dass die Menschen sicher sein können, dass sie Familie und Beruf vereinbaren können und sie immer einen guten Betreuungsplatz für ihr Kind finden. Wir wollen, dass die Menschen in Hessen sicher sind, dass sie Hilfe bekommen, wenn sie in Notlagen geraten. Wir wollen, dass die Menschen die Sicherheit haben, vor Mietwucher geschützt zu werden und überhaupt eine Wohnung zu finden. Wir wollen die Sicherheit geben, auch im Alter im vertrauten Umfeld leben zu können.

Leitlinien als Orientierung

Zur Unterstützung der Ortsvereine, Stadtverbände und Unterbezirke hat die SPD Hessen nun ihre Kommunalpolitischen Leitlinien für die kommende Wahl aufgestellt. Darin werden aus unserer Sicht aktuelle Problemstellungen aufgegriffen, sei es die Bewältigung der Folgen der Corona-Krise, die Verbesserung der



Christoph Degen MdL, Generalsekretär der SPD Hessen
Foto: privat

Bildungschancen und die Bekämpfung von rechtem Hass und rechter Hetze oder eine nachhaltige Klima-, Umwelt- und Energiepolitik. Die Leitlinien sollen eine Orientierung für die Programmentwicklung vor Ort bieten.

Nur mit starken Kommunen schaffen wir ein starkes Hessen, daran besteht für mich kein Zweifel.

Gründung der Politischen Bildungsgemeinschaft Hessen

Gemeinsam mit der Toni-Sender-Akademie, dem Hessische Tribüne e.V., der AfK und den Jusos, haben der SPD Landesverband Hessen sowie die Bezirke Hessen Nord und Hessen Süd den Verein Politische Bildungsgemeinschaft Hessen gegründet. Die Politische Bildungsgemeinschaft Hessen setzt sich damit aus Bildungsträgern und Gliederungen zusammen, die sich der sozialen Demokratie besonders verpflichtet fühlen. Im Rahmen der Gründungsversammlung im März wurde Nancy Faeser zur Vorsitzenden des Zusam-

menschlusses gewählt. Im Zentrum der Vereinsarbeit steht die Förderung der politischen Bildung von Bildungsträgern und Gliederungen. Um das zu erreichen, werden unter anderem Seminare, Trainings und Schulungen durchgeführt, ebenso wie Fachtagungen und Fortbildungen. Ergänzt wird das Konzept durch die Erstellung von Publikationen und die Bereitstellung von Schulungsmaterialien.

Die Aufgabe und das Ziel des Vereins ist es, politisches Wissen zu ver-

mitteln. Schon seit einigen Jahren zeigt sich leider wieder vermehrt, wie wichtig ein grundlegendes Demokratieverständnis ist. Um dieses zu stärken, ist es deshalb notwendig, geplante und zielgerichtete Bildungskonzepte anzubieten. Für die Politische Bildungsgemeinschaft Hessen steht dabei die sozialdemokratische Ausrichtung im Mittelpunkt, um das Wissen so zu vermitteln, dass es anschließend auch in der Praxis umsetzbar wird. Deshalb werden sowohl Schulungen rund um die Parteiarbeit angeboten, wie

beispielsweise Einführungsseminare für neue Mitglieder, als auch Kurse zur Öffentlichkeitsarbeit oder zu den Grundlagen der Kommunalpolitik. Durch den Zusammenschluss der verschiedenen Bildungsträger in der Politischen Bildungsgemeinschaft soll eine noch engere Zusammenarbeit ermöglicht werden. Damit kann der gegenseitige Austausch weiter optimiert werden und der Verein komplettiert das breite Bildungsangebot der hessischen Sozialdemokratie.

Termine

SGK Hessen:

Landesdelegiertenkonferenz

Samstag, 14. November 2020, 10 bis 15 Uhr, in Nordhessen, Ort wird noch bekanntgegeben

Akademie für Kommunalpolitik e.V. Bildungsurlaub:

Charisma

31. August bis 04. September 2020 in Höchst/Odenwald (in der Anerkennungsphase)

Rhetorik

28. September bis 02. Oktober 2020 Höchst/Odenwald

Führung

02. November bis 06. November 2020 in Schmittchen/Martin-Niemöller-Haus

Kommunalpolitik

09. November bis 13. November 2020 DJH Bad Hersfeld

Seminare

(je nach aktueller Situation bieten wir Seminare online an. Dazu bitte auf unserer Homepage informieren: www.afk-hessen.de Wir nutzen folgende Plattformen: edudip und webex)

29. August 2020, 10 bis 17 Uhr

Social Media

12. September 2020, 10 bis 17 Uhr

Hessische Gemeindeordnung

14. September 2020, 18 bis 21 Uhr

Fraktionsmittel, Aufwandsentschädigungen, Steuerpflichten für Mandatsträger*innen

22. September 2020, 18 bis 21 Uhr

Ortsbeiräte – Rechte und Befugnisse

24. Oktober bis 25. Oktober 2020

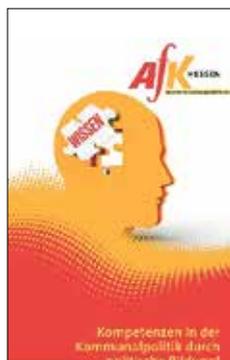
Doppik-Intensivkurs in Gladenbach

10. November 2020, 18 bis 22 Uhr

Ländlicher Raum – Dörfer vor Städteflucht mit nachhaltigen Konzepten bewahren (Gießen)

21. November bis 22. November 2020

Lust am Auftritt in Düsseldorf/Dramaschool



Informationen und Anmeldung:

AfK Geschäftsstelle

Telefon: 0611-817-117 6

Mail: info@afk-akademie.de

In 2020 werden wir wieder unsere Auszeichnungen vergeben:



Marie-Bittorf-Preis für verdiente Kommunalpolitikerinnen



Hessenlöwe für gute Aktionen in der Kommunalpolitik

Einsendeschluss für Bewerbungen

23.10.2020

Mail: info@afk-akademie.de oder AfK Hessen e.V. | Marktstr. 10 65183 Wiesbaden